

Stellungnahme Bürgerforum Backnang- FDP / BIG zum Haushaltsplanentwurf 2022

*Ich grüße Herrn Oberbürgermeister Friedrich,
Herrn Ersten Bürgermeister Janocha, Herrn Baudezernent Setzer,
die gesamte Stadtverwaltung,
meine werten Kolleginnen und Kollegen Stadträte
sowie die anwesenden Damen und Herren und die Presse.*

Eine neue Ära für Backnang hat begonnen – Backnang hat seit kurzem einen jungen, dynamischen Oberbürgermeister – unser bisheriger Oberbürgermeister Herr Dr. Nopper hat seinen Traum und sein Lebensziel erreicht als OB von Stuttgart, der Heimatstadt seines Vorbildes Manfred Rommel.

Er wird bestimmt auch mit einem weinenden Auge gen Backnang sehen, da es offensichtlich ist, in welchem Haifischbecken er in der Landeshauptstadt gelandet ist. Wir haben viel gemeinsam erreicht – diesen kritischen und konstruktiven Weg wollen und werden wir mit unserem neuen Oberbürgermeister Friedrich fortführen.

Herr Friedrich betont in seiner ersten Rede zum Haushalt 2022 unsere finanziellen Herausforderungen mit obligatorischem, schwäbischem Augenmaß zu gestalten – hier wünschen wir ihm und der gesamten Verwaltung ein glückliches Händchen, da die Reserven des städtischen Haushaltes auf das maximale Minimum gefahren werden und dies mit der Hoffnung auf eine stabile wirtschaftliche Entwicklung im Jahr 2022.

*Die urschwäbischen Eigenschaften sind doch eher Cleverness, Effizienz und Fleiß oder wie Manfred Rommel schon sagte: „**Sparen** heißt, **Geld**, das **man** hat, **nicht** auszugeben.“ Bei uns aber geht es darum, **Geld**, das wir **nicht** haben, **nicht** auszugeben, und das nennt **man** Realismus.*

Wir vom Bürgerforum befürchten, dass alle hoffnungsvollen Prognosen so nicht eintreffen werden. Dann heißt es aufzuwachen und träumerische Projekte zurückzustellen. Der griechische Philosoph Epikur prägte dafür den Satz: „Willst du einen Menschen glücklich machen, dann vermehre nicht seinen Reichtum, sondern nimm ihm ein paar seiner Wünsche“.

Sie erinnern sich sicherlich an unsere Rede zum Haushalt vom letzten Jahr – wir mahnten, dass uns dieser kleine Virus nicht innerhalb kurzer Zeit verlassen wird. Vielmehr war es abzusehen, dass das, was heute als vierte Welle bezeichnet wird, auf jeden Fall eintreffen wird.

Die mangelnde Konsequenz bei der Umsetzung der Schutzmaßnahmen, bedingt durch parteipolitisches Lavieren während des Bundestagswahlkampfes, hat dazu geführt, dass wir heute zu den Schlusslichtern in der Pandemiebekämpfung in Europa zählen.

*Als besonderer Treppenwitz sei hierbei die Entscheidung von Jens Spahn gegen den deutschen Impfstoff BioNTech zugunsten des amerikanischen Moderna genannt. Das ist Politik, die **gegen** unser Land, **gegen** unsere Wirtschaft, **gegen** uns Menschen gerichtet ist und die immer weniger Bürger akzeptieren wollen.*

In die gleiche Richtung zielt die Klimapolitik und genau hier schlagen wir den Bogen nach Backnang. Wenn man nur die Fassade betrachtet, mag es ja durchaus löblich erscheinen, wie konsequent Herr Friedrich versucht möglichst viele Wahlversprechen schon in seinem ersten Amtshalbjahr umzusetzen. Aber einem zweiten Blick hält dieser schöne Schein dann nicht mehr stand. Ganz offensichtlich werden im Hauruckverfahren Stellen geschaffen, deren Sinnhaftigkeit zumindest in Frage gestellt werden darf – egal ob von Bund, Land oder Kreis auferlegt. Wir müssen aufpassen mit ÖKO-Themen nicht die falsche Richtung einzuschlagen.

*Herr OB Friedrich beruft sich in seiner HHR auf ein Steuereinkommen, welches sich auf ein Niveau von vor Corona angenähert hat. Darauf baut die Stadtverwaltung ihr Kartenhaus der **Großinvestitionen** und des Klimaschutzes auf.*

Meine Damen und Herren! Eines ist klar: Steuereinnahmen kommen nicht aus Berlin, sondern werden durch unsere gesunden Unternehmen, das ist bei uns hier der Mittelstand sowie durch die Menschen, die in unserer Stadt arbeiten, geschaffen. Wir können die Ansicht nicht teilen, dass wir mit einem blauen Auge durch die Corona-Pandemie gekommen sind. Wir sollten uns gedanklich darauf vorbereiten, dass ein Teil der geplanten Großinvestitionen für insgesamt 39 Mio. € im Zweifelsfalle verschoben werden muss – wünschen möchten wir uns dies aber nicht.

Und wenn wir uns nur für eine Sekunde vor Augen halten, dass sich der Flüchtlingsstrom von 2015 wiederholt, so kann es einem angst und bange werden. Nicht allein angesichts der immensen Kosten im mehrstelligen Milliardenbereich, sondern auch hinsichtlich der Belastungen der einheimischen Bevölkerung in punkto Sicherheit, Integration und Toleranz.

Der Klimaschutz ist das Lieblingskind unseres OBS. Die angestrebte Klimaneutralität Backnangs droht von Anfang an in den Startlöchern stecken zu bleiben, weil allein die Backnanger Bürger ca. 600 Mio. € in ihr Wohnen investieren müssten.

*Allzu voreilige Festlegungen könnten sogar kontraproduktiv sein. Frei nach dem **Motto: „Gut gemeint – ist das Gegenteil von gut“.***

Unser Gremium diskutiert unter anderem die Idee, jedes größere Bauprojekt unter dem Aspekt der Klimaneutralität zur Diskussion zu stellen und von deren Einhaltung eine Genehmigung abhängig zu machen. Klingt gut, wird aber zur Folge haben, dass sich sowohl der Wohnungs- als auch der Gewerbebau verteuern und verlangsamen wird.

Wohnen wird dann noch teurer, die Standortkosten für Gewerbetreibende explodieren weiter und wie so oft, müssen ineffiziente Klimaschutzmaßnahmen umgesetzt werden – dies alles zu Lasten der Bürger.

Auch der Umgang mit der innerstädtischen Mobilität steht für unseren OB ganz oben. Auch wir sehen darin eines der wichtigsten Themen.

Mehr Fahrradverkehr, dafür neue Radstreifen – das ist aber nicht genug.

Neue Wohnquartiere ohne Platzreserven für neue Mobilitätsformen, u.a. mit der Begründung, die Menschen würden in Zukunft kein Auto mehr nutzen. Eher Projektion und Utopie. Wir werden somit mit überfülltem, öffentlichem Parkraum zu kämpfen haben und wichtige Straßen von Backnang werden weiter im Stau versinken.

Ausbau des innerstädtischen Busverkehrs. Ja, jedoch mit alternativen Formen. Ich erinnere gerne an die Idee eines Hopp-in/Hopp-off-Pendelbusses aus dem OB-Wahlkampf oder einer Optimierung der Verkehrsströme zur Stauvermeidung. Auch hier hatte ein OB-Kandidat konkrete Ideen, die es sich lohnt anzuschauen.

Vielleicht gelingt es der Stadt – auch ohne Verweis darauf, dass man am Ende nur ausführendes Organ der Landes- und Bundespolitik ist – eigene Akzente zu setzen.

Der neue Mobilitätsbeauftragte beginnt in Kürze seine Arbeit. Wir sind gespannt. Es wird in der aktuellen Zeit immer wichtiger, als Stadt sinnvolle Ideen zur Umsetzung zu bringen, denn unser Staat opfert unsere Automobilindustrie - Rückgrat unseres Wohlstands – zugunsten der Elektromobilität. Wo immer möglich, müssen wir als Stadt unseren Blick weiten und alternative Mobilitätslösungen in unsere Überlegungen mit einbeziehen.

Denn die Probleme der Elektromobilität sind an mehreren Stellen natürlich noch immer ungelöst. Ungelöst ist nicht nur die mangelhafte Verfügbarkeit von Batteriekapazitäten, sondern auch das noch nicht vorhandene Starkstromnetz.

Nicht nur Deutschland ist auf dem Irrweg, Großbritannien geht einen Schritt weiter – mit der Pflicht zum Einbau von Wallboxen für die Elektromobilität in Neubauten und ist bis heute nicht einmal in der Lage seinen Strombedarf selbst zu decken.

Wir beziehen aktuell aus Polen Kohlestrom und aus Frankreich Atomstrom, um unsere Lastschwankungen auszugleichen, weil wir seit Jahren unsere Kraftwerke abgebaut haben. Zuverlässig erzeugter Strom muss aus dem Ausland bezogen werden. Das alles kommt einem energiepolitischen Harakiri gleich.

Eine freie soziale Marktwirtschaft würde in der Mobilität eventuell Entwicklungen zum Durchbruch verhelfen, die mit Wasserstoff oder eFuel sicher besser funktionieren.

Gerade als Kommune sollten wir im Rahmen unserer Möglichkeiten und frei von Scheuklappen und Denkverboten klimafreundlichen Alternativen eine Chance geben. Seien wir nicht wie die Lemminge, die alle ins Verderben rennen und glauben auf dem richtigen Weg zu sein.

An dieser Stelle sei mir der Hinweis gestattet, dass es mit der Vernunft so eine Sache ist. Philosophen wie Adorno oder Horkheimer haben schon vor 60 Jahren festgestellt, dass diese sich sehr leicht in ihr Gegenteil verkehrt. Und zwar passiert das in der Regel dann, wenn wir ganz konsequent vernünftig sein wollen und darum alles einem einzigen Vernunftprinzip unterordnen. Wir privatisieren Gesundheit, Bildung, Altersvorsorge und öffentlichen Verkehr, was dann zu einer Fülle an Kommunikationsproblemen, Fehlplanungen, Unterversorgung, Alters-armut und verirrt Eisenbahnzügen führt.

Erasmus von Rotterdam hat dies Anfang des 16. Jahrhunderts schon gut erkannt. Was uns als schiere Unvernunft erscheint, könnte also die Vernunft selbst sein. In seinem „Lob der Narrheit“ lässt er die Unvernunft selbst zu Wort kommen. Sie (die Unvernunft) beweist dann mit schlüssigen Vernunftgründen, dass uns ohne Unvernunft alles Lohnende des Lebens fehlen würde. Weil wir sogar die Tatsache, dass wir überhaupt auf der Welt sind, eigentlich nur ihr verdanken.

Ich freue mich, dass Sie mir auch heute wieder so nett zugehört haben, und wünsche allen Mitwirkenden eine Frohe Weihnachtszeit, einen guten Rutsch und auf gute Zusammenarbeit im kommenden Jahr 2022.

Anträge zum Haushalt 2022

1. Die Verwaltung prüft den Ausbau der E-Ladestruktur für E-Bikes in den südlichen Stadtteilen.

Begründung: Bereiche wie Opti-Waldrems und der Bahnhof Maubach werden vom Umland hoch frequentiert. Hier muss für die E-Bikes die Möglichkeit zum Nachladen geschaffen werden.

2. Die Verwaltung prüft den Ausbau der E-Ladestruktur für E-Bikes am alten Rathaus in Backnang und an der Bleichwiese.

Begründung: Viele Radtouristen besuchen die Backnanger Innenstadt v. a. am Wochenende. Ansässiges Gewerbe sowie Gastronomie stellen zurzeit die Möglichkeit zum Nachladen zur Verfügung – dies kann keine Dauerlösung sein.

3. Die Verwaltung erarbeitet einen detaillierten Plan für den Ersatzsportunterricht während der Bauphase der Karl-Euerle-Halle.

Begründung: Es soll dem Gemeinderat die Möglichkeit gegeben werden, sich mit den verantwortlichen Sportlehrern konstruktiv auszutauschen, um eventuelle Defizite zu kompensieren. Es muss ein weiterhin hochwertiger Sportunterricht für die Schüler stattfinden. Wir wünschen uns, dass dieser Arbeitskreis für alle zugänglich in einer Gemeinderatssitzung stattfinden wird.

4. Die Verwaltung möge eine Planung zur Reduzierung des innerstädtischen Verkehrsaufkommens aufzeigen. Hier sollte unter anderem eine Trasse im Westen, parallel zur B14 bis zur Spritnase/Heinrich-Hertz-Straße, geprüft werden. Ebenfalls ist zu prüfen, ob Fördermöglichkeiten von Bund bzw. Land bestehen, da in der Planung der neuen Bundesstraße die Trasse für langsam fahrenden Verkehr schlichtweg vergessen wurde.

Begründung: Die Stadt Backnang muss immer mehr Wohnquartiere ausweisen, um die Wohnsituation zu verbessern. Dies bringt automatisch eine Erhöhung der Einwohnerzahl mit sich. Wir haben das grundsätzliche Problem, dass die Stadt Backnang durch eine Bahnlinie in Nord und Süd geteilt ist. Die einzige große Verbindung ist die Stuttgarter Straße/Blumenstraße. Wir müssen den Verkehr aus der Stadt bringen, der nicht unsere Kernstadt besuchen möchte. Auch langsam fahrende Fahrzeuge unter 60 km/h müssen eine Möglichkeit finden / Alternative haben, um die Stuttgarter Straße zu entlasten (Blumenstraße). Dies besonders unter dem Aspekt, dass bereits Planungen bestehen, welche eine Reduzierung auf eine einspurige Blumenstraße/Stuttgarter Straße vorsehen.

5. „Murrkinder sollen schwimmen lernen“ – dies kann nicht allein die Aufgabe des Schulunterrichtes und der Eltern sein. Schwimmen dient nicht nur den Alltagskompetenzen, sondern ist auch für die Sicherheit der Kinder extrem lebenswichtig. Gut schwimmen zu können wäre also nicht nur Pflicht, sondern in unseren fantastischen Backnanger Murr-Bädern schlicht eine Wonne. Wegen des Lockdowns der vergangenen Monate konnten zehntausende Kinder in Deutschland nicht schwimmen lernen. Viele andere schafften es nicht, Kurse zu Ende zu belegen. Dies zeigt ein Blick in Presseberichte aus ganz Deutschland. Es ist ein Projekt in Zusammenarbeit mit der TSG/DLRG und Bäderbetreiber zu entwickeln. Das außerschulische Angebot in Backnang muss in der Kapazität stark ausgeweitet werden. Für dieses außerschulische Angebot muss die Stadt die Kosten tragen. Eine Möglichkeit bestünde darin, dies im Rahmen des Familienpasses zu ermöglichen. Es sollte eine Testphase von 2 Jahren vorgesehen werden.

Begründung: Sportlehrer der weiterführenden Schulen beklagen sich über mangelnde Schwimmfähigkeit. Um das Ziel einer umfassenden und allgemeinen Schwimmförderung der Backnanger Murrkinder zu erreichen, müssen in den Haushalt Mittel eingestellt werden. Laut einer Studie der Deutschen Lebens-

Rettungs-Gesellschaft e. V. (DLRG) können immer weniger Kinder sicher schwimmen. Waren es in den 80er Jahren noch 90%, so sind es heute nur noch 40% aller Kinder, die mit Abschluss der 4. Klasse das Jugendschwimmabzeichen erworben haben. Der sogenannte Freischwimmer gilt als Mindestvoraussetzung für sicheres Schwimmen.

6. *Die Verwaltung prüft die Einrichtung eines „Hop-on/Hop-off“- Personenbeförderungsfahrzeugs, das kostenlos und in hoher Frequenz durch die Innenstadt zirkuliert.*

Begründung: Durch die geographische Lage muss es für einen Besucher unserer Stadt attraktiv sein, sein Fahrzeug nicht in der Kernstadt zu parken. Wir könnten uns zur Erprobung eine Linie von der Oberen Bahnhofstrasse (PR-Parkplatz), Untere Bahnhofstraße, durch die Marktstraße, zur Bleichwiese, Grabenstraße, Eduard-Breuninger-Straße, Adenauer-Parkhaus zurück zum Bahnhof vorstellen. Ziel soll es sein, Backnangs Innenstadt vom Individualverkehr zu entlasten und somit die Attraktivität Backnangs als Einkaufs- und Wohnstadt zu steigern. Wir bitten die Verwaltung zu prüfen, auf welchen Linien und zu welchen Zeiten dies realisierbar ist, welche Finanzierungsmöglichkeiten bestehen, ob es Fördermittel von Land- oder Bund gibt und wie mögliche Fahrgastzahlen ermittelt werden können.

7. *Die Verwaltung möge ein Konzept vorlegen, mit dem sie darlegt, wie angekaufte Immobilien im Innenstadtbereich, wie z. B. das neu erworbene Burgel-Gebäude, einer zeitweisen Vermietung für Existenzgründer, Pop-up Stores oder Kulturprojekten zuführt werden können.*

Begründung: Die Stadt betätigt sich bereits im Innenstadtbereich als Investor indem sie Immobilien ankauft, um zu einem späteren Zeitpunkt entscheidenden Einfluss auf die Ausgestaltung von ganzen Quartieren zu haben. In der Zeit zwischen Ankauf und Weiterveräußerung hat die Stadt als Immobilieneigentümer eine Verantwortung und Vorbildfunktion zur Wiederbelebung und Attraktivitätssteigerung der Innenstadt beitragen und sollte die Freiflächen der kostengünstigen Vermietung zuführen.

8. *Die Verwaltung möge offenlegen, welche Grundstücke und Gebäude sich aktuell in städtischer Hand befinden und welche Planungen bezüglich der Bebauung/Veräußerung existieren.*

Begründung: Der soziale Wohnungsbau gehört mit in städtische Hand. Wir wollen diskutieren, welche Möglichkeiten die Stadt bereits heute in Händen hält, um kurzfristig mit der Städtischen Wohnbau in den sozialen Wohnungsbau einzusteigen, denn die Wohnungsnot, insbesondere im unteren Preissegment, ist am größten. Aktuell baut die Stadt auf die Quotenregelung zur Steigerung des Wohnangebots, die aber die Anschaffungskosten für den Käufer einer Eigentumswohnung verteuert und insbesondere junge Familien unnötig belastet. Das ist nicht sozial.

9. *Die Verwaltung möge darlegen, mit welchen Mehrkosten in Prozent der Bausumme ein Bauherr zukünftig im Zusammenhang mit den städtischen Vorgaben zum „Klimaneutralen Bauen“ eines Neubaus oder einer Umnutzung zu rechnen hat und welche Gutachten im Detail vorzulegen sind.*

Begründung: Aktuell plant die Stadt größere Bauvorhaben im Rahmen der Genehmigung auf Klimaneutralität hin zu bewerten, um letztlich eine Genehmigung zu erteilen. Die Planungs- und Herstellungskosten z.B. für Wohnungsbauunternehmen oder gewerbliche Bauherren werden dadurch steigen. Die Wohnungspreise werden in der Folge ebenso weiter nach oben gehen. Das Transparenzgebot macht es zwingend erforderlich darzulegen, welchen Anforderungen die Stadt in puncto Nachweise und Bauausführung an die Bauherren stellt.

10. Die Stadt möge im Detail darlegen, inwieweit die angebotenen Programme für Mütter zur Sprachförderung und Integration, um die frühkindliche Erziehung möglichst positiv zu begleiten, in den vergangenen 3 Jahren angenommen wurden.

Begründung: Es gilt zu überprüfen, ob die Angebote niederschwellig genug sind, um Mütter zur Teilnahme zu motivieren. Rückmeldungen aus den Kindergärten legen nahe, dass die Anstrengungen verstärkt werden müssen.

11. Die Stadtverwaltung möge unverzüglich in die Planungsdiskussion um ein neues zentrales Feuerwehrgerätehaus einsteigen und lädt dazu den neuen Feuerwehrkommandanten Thomas Rohnacher in eine Gemeinderatssitzung ein.

Begründung: Der neue Feuerwehrkommandant Thomas Rohnacher hat sich zur Neuaufstellung der Backnanger Feuerwehr in der BKZ 12.11.2021 geäußert. Er thematisiert sowohl die Personal- als auch die Standortfrage, um mittelfristig handlungsfähig zu sein.

12. Die Verwaltung richtet einen kommunalen Ordnungsdienst u. a. zur Regelung des fließenden Verkehrs ein.

Begründung: Der zunehmende Rad- und Scooterverkehr bedarf einer Ordnung, damit ein einvernehmliches Miteinander von Fußgängern, Radfahrern und Autofahrern sichergestellt werden kann. Es ist schön, dass sich die Bedarfe dahingehend verändern, jedoch müssen Gefährdungen vermieden werden. Viele Radfahrer fahren auf dem Gehweg oder queren den Fußgängerüberweg fahrend.

13. Die Verwaltung startet eine jährlich wiederkehrende Aktion zur Verkehrserziehung in den Kindergärten und in den ersten beiden Grundschulklassen.

Begründung: Neben dem Fahrradführerschein in der 3. Grundschulklasse müssen wir bereits unsere Kindergartenkinder für die Gefahren des Verkehrs sensibilisieren. Viele Kinder im Kindergartenalter sind bereits als Verkehrsteilnehmer unterwegs und den Gefahren ausgesetzt. Der tragische Unfall dieses Jahr am Kreisel Sulzbacher Straße sollte uns Mahnung sein, hier eine Intensivierung des Fahrsicherheitstrainings in Zusammenarbeit mit der Verkehrspolizei voranzubringen.

14. Der neue Mobilitätsbeauftragte erarbeitet ein Konzept „Sichere Radwege in die Nachbargemeinden“ und stimmt sich in der Verwaltungsgemeinschaft ab.

Begründung: Das Radwegenetz besonders auf dem Backnanger Stadtgebiet ist lückenhaft. Die Verbindungen an die Radnetze der in der Verwaltungsgemeinschaft angeschlossenen Kommunen ist in oft katastrophalem Zustand oder gar nicht existent. Genannt seien beispielhaft die Verbindung von Backnang in das Weissacher Tal, von Heiningen in Richtung Unterweissach, zwischen Allmersbach und Heiningen-Kreisel, hier die sicheren Querungen für Radfahrer und Fußgänger. Eine Initiative innerhalb der Verwaltungsgemeinschaft soll den Rems-Murr-Kreis zu mehr Engagement motivieren.

15. Die Verwaltung eruiert und präsentiert Möglichkeiten, wie die Attraktivität des Landschaftserlebnisweg 's Äpple durch die Backnanger Gemarkung gesteigert werden kann.

Begründung: Der Landschaftserlebnisweg 's Äpple führt als Rundwanderweg auf einer Länge von 84 km rund um die Backnanger Bucht. Allein 15,1 km befinden sich auf der Gemarkung Backnang. Wir haben eine neue Stelle „Geschäftsführung Mostviertel“ geschaffen. Dieser sollte sich unter anderem um das Kommunikationsdefizit z. B. Wikipedia-Seite bemühen. Aktuell zeigt sich der Landschaftserlebnisweg auf Backnanger Gemarkung in vielen Bereichen verwahrlost. Nach Regen erleben Wanderer einen Schlammfad. Hier ist umgehend Abhilfe zu schaffen. Konkrete Maßnahmen sollen bereits 2022 ergriffen werden.

16. Intensivierung der „E-Bike-Trainings für Senioren“, organisiert durch das Seniorenbüro der Stadt Backnang zusammen mit dem ADFC. Die Stadt macht Vorschläge zur Unterstützung/Förderung der regelmäßigen und mehrfach jährliche stattfindenden Fahrtrainingskurse und Ausfahrten für Senioren. Dieses Konzept hat sich aus unseren Anträgen im Jahr 2017 / 2019 bewährt und muss intensiver fortgeführt werden.

Begründung: Die Schulungen wurden überrepräsentativ gut angenommen und müssen ausgebaut werden, da immer mehr Senioren das E-Bike nutzen und dadurch die Unfallzahlen zunehmen. Da uns die Sicherheit der Backnanger Senioren am Herzen liegt, muss die Fahrkompetenz geschult werden.

17. Die Verwaltung legt dem Gremium einen verbindlichen Baubeginn des Rückhaltebeckens Oppenweiler mit Bauzeitenplan vor.

Begründung: Seit Oktober 2013 ist die Einigung mit dem Mühlenbesitzer abgeschlossen. Einem Bau des Regenrückhaltebeckens steht demnach nichts mehr im Wege. Der Baubeginn sollte bereits am 2.12.2019 erfolgen und zum 26.7.2024 fertiggestellt sein. (vgl. Bauzeitenplan Wasserverband Murrta)l)

18. Die Verwaltung stellt dem Gemeinderat und den interessierten Bürgern in einer Vor-Ort-Präsentation die Funktionalität der Hochwasser-Spundwände in der Talstraße vor. Dieser Termin soll im Sommer 2022 stattfinden.

Begründung: Aufwand des Aufbaus, Funktionalität und Zeitaufwand zum Verständnis für alle.

19. Stellungnahme der Verwaltung zur Gleichbehandlung von Grundstücksbesitzern im Zusammenhang mit der Bebauung des IBA Geländes.

Begründung: Um mögliche Interessenskonflikte aufzulösen, die Geschwindigkeit im Planungsverfahren zu erhöhen und Hindernisse aus dem Weg zu räumen, bedarf es der Gleichbehandlung aller Grundstückseigentümer. Ein Ausgleichsverfahren muss auf alle Grundstückseigentümer angewendet werden und dies im gleichen Verhältnis. Nur so entsteht Einvernehmen unter allen Eigentümern.

20. Die Verwaltung möge engagiert auf eine Verlängerung der Fahrspuren an den Ab- und Auffahrten zur Staureduzierung an der neuen B14 an entscheidender Stelle Einfluss nehmen.

Begründung: Der Verkehrsfluss, insbesondere während der Stoßzeiten, ist insbesondere an den B14 Ab- und Auffahrten gestört. Dies nimmt entscheidenden Einfluss auf den fließenden Verkehr, da sich ein Rückstau bildet. Eine Verlängerung der Spuren würde effizient Abhilfe schaffen, so z.B. auf der B14 Fahrtrichtung Stuttgart-Backnang, beim Abzweig Opti Richtung in Waldrems.